

Budget 07 - Verkehr

A. GESAMTÜBERBLICK

Budgetbewirtschaftung

(Summierung der wesentlichen Veränderungen zum Teilergebnisplan (vgl. C))

	EUR
Gesamtveränderung bis Jahresende	+711.636

B. WESENTLICHE VERÄNDERUNGEN BEI DEN KENNZAHLEN

Kennzahl	Planung	vorauss. Veränderung bis Jahresende
----------	---------	-------------------------------------

Produkt 07.01.01 - Verkehrssicherung, Verkehrsaufklärung

Anzahl der erteilten Abschriften von Erlaubnissen für den gewerblichen Güterkraftverkehr	100	+160
Seit Ende Mai 2017 stellen viele landwirtschaftliche Lohnbetriebe und Viehhändler Anträge auf weitere Abschriften von Erlaubnissen für den gewerblichen Güterkraftverkehr, da verstärkte Kontrollen und Sanktionen ab dem 01.06.2017 angekündigt wurden. Daher ist davon auszugehen, dass die Zahl der Abschriften sich wie im ersten Halbjahr 2017 entwickelt und es demnach zu einer Steigerung der Anzahl kommt.		
Anzahl der erteilten Erlaubnisse und Genehmigungen für Großraum- u. Schwertransporte	1.800	+200
Einige Änderungen der VwV-StVO – insbesondere die generelle Beschränkung auf maximal fünf Fahrtwege und die zusätzliche Beschränkung auf maximal einen Fahrtweg ab bestimmten Transportmassen – führen dazu, dass für Transporte, für die bisher lediglich ein Antrag gestellt werden musste, nun mehrere Anträge zu stellen sind.		

Produkt 07.01.02 - Bußgeldstelle

Anzahl der eingeleiteten Verfahren wegen Geschwindigkeitsüberschreitungen	50.000	+3.000
Beim Standort der stationären Messanlage in Ahaus-Alstätte wurde eine Reduzierung der Geschwindigkeitsbegrenzung von 70 km/h auf 50 km/h vorgenommen. Dieser Umstand führt zu einer voraussichtlichen Erhöhung der Fallzahlen.		
Anzahl der eingeleiteten Verfahren wegen sonstiger Verkehrsordnungswidrigkeiten	10.000	-500
Die Owi-Anzeigen der Polizei wegen sonstiger Verkehrsordnungswidrigkeiten sind leicht rückgängig.		
Anzahl der Einsprüche Geschwindigkeitsüberwachung	1.500	-400
Eine Umstellung der Datenerfassung führt im Jahr 2017 einmalig zu einer Abweichung zu den Planzahlen. Es werden nur noch Fälle erfasst, bei dem der Tat-Tag im lfd. HH-Jahr liegt.		
Anzahl der Einsprüche sonstige Verkehrsordnungswidrigkeiten	600	-100
Eine Umstellung der Datenerfassung führt im Jahr 2017 einmalig zu einer Abweichung zu den Planzahlen. Es werden nur noch Fälle erfasst, bei dem der Tat-Tag im lfd. HH-Jahr liegt.		

Produkt 07.01.03 - Zulassungsstelle

Kfz-Bestand	300.000	+10.000
Im ländlichen Bereich ist ein stetiger Anstieg zu verzeichnen.		
Anzahl der ausgegebenen Wunschkennzeichen	45.000	-5.000
Die Anzahl der ausgegebenen Wunschkennzeichen hat sich gegenüber der Planung verringert.		
Anzahl der Abmeldungen von Fahrzeugen	55.000	-5.000
Die Anzahl der Abmeldungen von Fahrzeugen hat sich gegenüber der Planung verringert.		
Anzahl der erlassenen Gebührenbescheide für Ordnungsverfügungen	4.500	-500
Die Anzahl der erlassenen Gebührenbescheide für Ordnungsverfügungen hat sich verringert, da weniger ordnungsbehördliche Verfahren eingeleitet werden mussten.		

Budget 07 - Verkehr

<i>Kennzahl</i>	<i>Planung</i>	<i>vorauss. Veränderung bis Jahresende</i>
Produkt 07.02.01 - Führerscheinstelle		
Anzahl der erteilten Fahrerlaubnisse	11.200	-400
Die Fallzahl ist abhängig von der Antragstellung. Durch Personalmangel besteht ein leichter Bearbeitungsrückstand.		
Anzahl der Führerscheintausche	1.500	+200
Die Fallzahl ist abhängig von der Antragstellung. Tendenziell wird die Anzahl der Führerscheintausche in den nächsten Jahren steigen (Pflichttausch).		
Anzahl der Fälle, in denen Eignungsüberprüfungen durchgeführt wurden	1.850	+350
Die Eignungsüberprüfungen sind abhängig von den Mitteilungen Dritter (Kraftfahrtbundesamt, Polizei etc). Die externen Mitteilungen, insbesondere des Kraftfahrtbundesamtes, haben zugenommen.		
Anzahl der Fahrschulüberwachungen	20	-18
Aufgrund der engen Personalsituation in der Führerscheinstelle wird die Fahrschulüberwachung minimiert werden müssen.		
Produkt 07.02.02 - ÖPNV		
Anzahl der ausgegebenen Sozialtickets (MobiTicket)	10.000	-300
Die Ticket-Nachfrage entwickelt sich nicht so wie hochgerechnet.		

C. WESENTLICHE VERÄNDERUNGEN ZUM TEILERGEBNISPLAN

<i>Teilergebnisplan</i>	<i>Planung</i>	<i>vorauss. Veränderung Verbesserung (+) Verschlechterung (-)</i>
	<i>EUR</i>	<i>EUR</i>
Produkt 07.01.01 - Verkehrssicherung, Verkehrsaufklärung		
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	+260.000	+70.000
<u>Verwaltungsgebühren</u>		
<i>Großraum- und Schwertransporte (GST):</i> Einige Änderungen der VwV-StVO – insbesondere die generelle Beschränkung auf maximal fünf Fahrtwege und die zusätzliche Beschränkung auf maximal einen Fahrtweg ab bestimmten Transportmassen – führen dazu, dass für Transporte, für die bisher lediglich ein Antrag gestellt werden musste, nun mehrere Anträge zu stellen sind. Dadurch werden sich – solange die Gebührenordnung bestehen bleibt – höhere Gebühren ergeben.		
<i>Güterkraftverkehr (GüKG):</i> Seit Ende Mai 2017 stellen viele landwirtschaftliche Lohnbetriebe und Viehhändler Neuanträge auf EG-Lizenzen, da verstärkte Kontrollen und Sanktionen ab dem 01.06.2017 angekündigt wurden. Daher ist davon auszugehen, dass die Gebühren im zweiten Halbjahr 2017 höher liegen werden als im ersten Halbjahr 2017.		
<i>Verkehrssicherung und -lenkung:</i> Bei den Genehmigungen für Straßensperrungen treten im Jahr 2017 Einmaleffekte (Windkraftanlagen etc.) auf.		

Budget 07 - Verkehr

<i>Teilergebnisplan</i>	<i>Planung</i>	<i>vorauss. Veränderung</i> Verbesserung (+) Verschlechterung (-)
	<i>EUR</i>	<i>EUR</i>
Produkt 07.01.02 - Bußgeldstelle		
Sonstige ordentliche Erträge	+3.200.000	+100.000
<u>Bußgelder für Verkehrsordnungswidrigkeiten</u> Beim Standort der stationären Messanlage in Ahaus-Alstätte wurde eine Reduzierung der Geschwindigkeitsbegrenzung von 70 km/h auf 50 km/h vorgenommen. Dieser Umstand führt zu einer erhöhten Anzahl von Geschwindigkeitsverstößen.		
Produkt 07.02.01 - Führerscheinstelle		
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	+830.000	+30.000
<u>Verwaltungsgebühren</u> Nach jetzigem Einnahmeverlauf sind zum Jahresende Mehrerträge zu erwarten.		
Produkt 07.02.02 - ÖPNV		
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	+2.587.700	+3.000
<u>Zuweisung des Landes (Förderung Sozialticket im ÖPNV) (-93 T-EUR)</u> Aufgrund einer geringeren Ticket-Nachfrage fällt die Zuweisung des Landes geringer aus als geplant.		
<u>Zuwendung des Landes gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW (Aufgabenträgeranteil) (+96 T-EUR)</u> 2016 nicht verausgabte investive Zuweisungen für das Jahr 2016 wurden aufgrund einer ausstehenden Endabrechnung nach 2017 übertragen. Nach erfolgter Endabrechnung werden die Landesmittel, die nicht mehr für investive Maßnahmen des Jahres 2016 benötigt werden, konsumtiv vereinnahmt und verbessern das Jahresergebnis 2017.		
Sonstige Transfererträge	+0	+511.236
<u>Erstattungen RVM</u> Das endgültige Jahresergebnis 2016 der RVM verbessert sich insgesamt um rund 439.600 EUR (+511.200 EUR sonstige Transfererträge; - 71.600 EUR Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen). Hauptursächlich dafür ist die endgültige Schlussrechnung der Ausbildungsverkehrspauschale gem. § 11a Abs. 2 ÖPNVG NRW für das Jahr 2011. Dadurch hat die RVM im Jahr 2016 eine Nachzahlung in Höhe von 369.503 EUR erhalten, die dem Kreis Borken ergebnisverbessernd zugerechnet wird. Im Gegensatz zum vorläufigen Jahresergebnis von -419 T-EUR, schließt das Jahr 2016 mit einem Überschuss von 21 T-EUR ab (Stand Juni 2017).		
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-424.797	-22.600
<u>Verkehrsleistungen der RVM</u> Das endgültige Jahresergebnis 2016 der RVM verbessert sich insgesamt um rund 439.600 EUR (+ 511.200 EUR sonstige Transfererträge; - 71.600 EUR Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen). Darüber hinaus verringern sich die Ausgleichsleistungen 2017 gem. §19 ÖDLA um 49 T-EUR.		
Transferaufwendungen	-2.251.500	+93.000
<u>Aufwendungen für das Sozialticket</u> Die Ticket-Nachfrage ist geringer als geplant.		
Sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.234.369	-73.000
<u>Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV</u> Die Mehraufwendungen resultieren aus einer Kostensteigerung der Linie N20 und der Erhöhung der Kostenerstattung an ZVM Bus (-27 T-EUR) und aus der Verlängerung der Busverbindung Bocholt - Hemden nach Aalten zum 01.12.2017 (-46 T-EUR).		

Budget 09 - Geoinformation und Liegenschaftskataster

A. GESAMTÜBERBLICK

Budgetbewirtschaftung

(Summierung der wesentlichen Veränderungen zum Teilergebnisplan (vgl. C))

	EUR
Gesamtveränderung bis Jahresende	+80.000

B. WESENTLICHE VERÄNDERUNGEN BEI DEN KENNZAHLEN

Kennzahl	Planung	vorauss. Veränderung bis Jahresende
Produkt 09.01.02 - Katasterfortführung		
Anteil der Anträge auf Übernahme von Teilungsmessungen, die innerhalb von sechs Wochen bearbeitet werden (in %)	70	+20
Wie bereits in den Vorjahren wird weiterhin, im direkten Interesse der Bürger sowie der Wirtschaft, die Übernahme von Teilungsmessungen priorisiert. Entgegen der Prognose zum 30.06.2017 konnte das hohe Niveau bei der Übernahme kleinerer Teilungsmessungen beibehalten werden, da entgegen der Planung mit der sehr zeitaufwändigen Übernahme einiger Straßenschlussvermessungen noch nicht begonnen werden konnte.		
Anteil der Anträge auf Übernahme der Gebäudeeinmessungen, die innerhalb von drei Monaten bearbeitet werden (in %)	100	-25
Die Katasterbehörde hat aufgrund gesetzlicher Vorgaben eine zur Übernahme eingereichte Gebäudeeinmessung innerhalb von drei Monaten zu übernehmen. Durch die Priorisierung der Übernahme von Teilungsmessungen sind Rückstände aufgelaufen, so dass sich zum Teil allein Liegezeiten von über drei Monaten ergeben. Allerdings konnte die Anzahl der innerhalb von 3 Monaten übernommenen Gebäudeeinmessungen in 2017 gegenüber 2016 gesteigert werden. Das Ziel, alle Gebäudeeinmessungen innerhalb von 3 Monaten zu übernehmen, kann auch in 2017 nicht erreicht werden.		
Produkt 09.01.03 - Vermessung, Katastererneuerung		
Anteil der Anträge auf Gebäudeeinmessungen, die innerhalb von fünf Monaten erledigt werden (in%)	100	-70
Die Vermessungsstellen haben aufgrund gesetzlicher Vorgaben eine beantragte Gebäudeeinmessung innerhalb von fünf Monaten zur Übernahme einzureichen. Auch wenn der für die Gebäudeeinmessung erforderliche Außendienst zeitnah nach Auftragserteilung durchgeführt wird, können wegen des erhöhten Bearbeitungsaufwands im Innendienst sowie Stellenvakanzen Arbeiten nicht in dem erforderlichen Umfang erledigt werden. Dennoch konnte die absolute Zahl der fristgerecht erledigten Anträge erheblich gesteigert werden.		
Zusätzlicher Zeitaufwand für die Verbesserung des Katasterzahlennachweises im Rahmen von gebührenpflichtigen Vermessungen (Personentage)	250	-150
Die Anzahl der Anträge auf gebührenpflichtige Vermessungen ist leicht rückläufig, daher konnten im Rahmen dieser Vermessungen auch weniger Arbeiten für die Verbesserung des Katasterzahlennachweises erbracht werden.		
Fertigstellung der ABK (in %)	55	+15
Die Fertigstellung der ABK konnte durch die gute Koordination von externen Aufträgen und interner Bearbeitung optimiert werden.		

Budget 09 - Geoinformation und Liegenschaftskataster

<i>Kennzahl</i>	<i>Planung</i>	<i>vorauss. Veränderung bis Jahresende</i>
Produkt 09.01.05 - Geschäftsstelle des Gutachterausschusses		
Anteil der Kaufverträge, die innerhalb eines Jahres erfasst und ausgewertet werden (in %)	100	-30
Für die Auswertung aller Kaufverträge der verschiedenen Teilmärkte und die Ableitung der wertermittlungsrelevanten Daten ist die Personalbemessung zu knapp. Auch ist die Anzahl der eingegangenen Verträge gestiegen. Hinzu kommen personelle Ausfälle durch langfristige Erkrankungen und Stellenneubesetzungen. Aus den v.g. Gründen können 2017 die angestrebten Ziele nicht erreicht werden.		
Anteil der Kaufverträge, bei denen Fragebögen verschickt werden (in %)	60	-20
Für die Auswertung aller Kaufverträge der verschiedenen Teilmärkte und die Ableitung der wertermittlungsrelevanten Daten ist die Personalbemessung zu knapp. Auch ist die Anzahl der eingegangenen Verträge gestiegen. Hinzu kommen personelle Ausfälle durch langfristige Erkrankungen und Stellenneubesetzungen. Aus den v.g. Gründen können 2017 die angestrebten Ziele nicht erreicht werden.		

C. WESENTLICHE VERÄNDERUNGEN ZUM TEILERGEBNISPLAN

<i>Teilergebnisplan</i>	<i>Planung</i>	<i>vorauss. Veränderung Verbesserung (+) Verschlechterung (-)</i>
	<i>EUR</i>	<i>EUR</i>
Produkt 09.01.01 Geoinformation		
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	+951.000	+80.000
<u>Katastergebühren</u> Die Mindereinnahmen durch die Einführung des "Open Daten Prinzips" wurden durch eine Steigerung der Übernahmegebühren sowie der Gebühren für Vermessungen mehr als kompensiert. Dies und die anhaltend gute Baukonjunktur führt voraussichtlich zu weiteren Mehreinnahmen.		
Produkt 09.01.03 - Vermessung, Katasterneuerung		
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	+5.000	+60.000
<u>Kostenerstattung des Landes zur Realisierung der amtlichen Basiskarte (ABK)</u> Durch die Abgrenzung zweckgebundener Erträge i.H.v. 100 T-EUR im Jahresabschluss 2016 werden die Mehraufwendungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, die durch die Inanspruchnahme der Ermächtigung entstehen durch Auflösung der abgegrenzten Erträge im Ergebnis ausgeglichen, so dass es hier insgesamt zu keiner Verbesserung/Verschlechterung kommt (+60 T-EUR). Die Bezirksregierung hat einen (im Haushalt 2017 nicht geplanten) Zuschuss von 84 T-EUR bewilligt, der in voller Höhe abgerufen werden wird. Gemäß Erläuterungen zur korrespondierenden Aufwandsposition (Aufwendungen für Sach und Dienstleistungen) werden die Mehrerträge auf der Aufwandsbuchungsstelle für Mehraufwendungen zur Verfügung gestellt und als Ermächtigung in das Jahr 2018 übertragen. In diesem Fall erfolgt auf der Ertragsposition eine Ertragsabgrenzung (Umbuchung in Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen). Diese wird dann 2018 zeitgleich mit der Inanspruchnahme der zugehörigen Ermächtigung aufgelöst und neutralisiert den daraus entstehenden Mehraufwand im Rechnungsergebnis. Insofern führt dies in 2017 nicht zu einer Ergebnisverbesserung insgesamt!		
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-132.485	-60.000
<u>Aufbau und Führung der Amtlichen Basiskarte (ABK)</u> Bislang wurden Aufträge in Höhe von 112 T-EUR erteilt. Aufgrund des von der Bezirksregierung bewilligten Zuschusses i.H.v. 84 T-EUR sowie der Ermächtigung i.H.v. 100 T-EUR sind weitere Aufträge geplant. Insgesamt sind gegenüber dem Haushaltsansatz von 60 T-EUR mindestens Mehraufwendungen i.H.v. 60 T-EUR zu prognostizieren. Diese können durch entsprechende Erträge kompensiert werden (vgl. Kostenerstattungen und Kostenumlagen).		

Budget 11 - Querschnittsfunktionen, zentrale Dienste

Produkt 11.03.04 - Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Kreisentw., EU-Angelegenheiten, Statistik

A. GESAMTÜBERBLICK

Budgetbewirtschaftung

(Summierung der wesentlichen Veränderungen zum Teilergebnisplan (vgl. C))

	EUR
Gesamtveränderung bis Jahresende	+158.523

B. WESENTLICHE VERÄNDERUNGEN BEI DEN KENNZAHLEN

keine

C. WESENTLICHE VERÄNDERUNGEN ZUM TEILERGEBNISPLAN

<i>Teilergebnisplan</i>	<i>Planung</i>	<i>vorauss. Veränderung</i> <i>Verbesserung (+)</i> <i>Verschlechterung (-)</i>
	EUR	EUR

Produkt 11.03.04 - Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Kreisentwicklung, EU-Angelegenheiten und Statistik

Kostenerstattungen und Kostenumlagen	+0	+50.000
<u>Erstattung/Förderung Personalkosten Stelle Breitbandförderung</u> Eine bisher nicht berücksichtigte Personalkostenerstattung führt zu Mehrerträgen gegenüber der Haushaltsplanung.		
Transferaufwendungen	-1.569.300	+108.523
<u>Zuschüsse an übrige Bereiche (+95 T-EUR)</u> Es entfallen Aufwendungen in Höhe von 30 T-EUR für den Markenbildungsprozess. Desweiteren werden 65 T-EUR für Folgeprojekte REGIONALE 2016 als Ermächtigung ins Haushaltsjahr 2018 übertragen.		
<u>Abdeckung Verluste Beteiligungen (+ 13,5 T-EUR)</u> Hierbei handelt es sich um eine Rückzahlung der Verlustabdeckung der WFG nach erfolgter Spitzabrechnung für das Jahr 2016.		

Budget 12 - Straßen, Gebäude, Grünflächen

A. GESAMTÜBERBLICK

Budgetbewirtschaftung

(Summierung der wesentlichen Veränderungen zum Teilergebnisplan (vgl. C))

	EUR
Gesamtveränderung bis Jahresende	-1.145.105

B. WESENTLICHE VERÄNDERUNGEN BEI DEN KENNZAHLEN

keine

C. WESENTLICHE VERÄNDERUNGEN ZUM TEILERGEBNISPLAN

<i>Teilergebnisplan</i>	<i>Planung</i>	<i>vorauss. Veränderung</i> <i>Verbesserung (+)</i> <i>Verschlechterung (-)</i>
	EUR	EUR
Produkt 12.01.01 - Gebäudebewirtschaftung		
Privatrechtliche Leistungsentgelte	+1.045.600	+15.700
Miete der Stadt Gescher für den interkommunalen Bauhof Aufgrund einer Mieterhöhung und einer Nebenkostennachzahlung sind Mehrerträge entstanden.		
Sonstige ordentliche Erträge	+0	+500.000
<u>Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen (+500 T-EUR)</u> Die Instandhaltungsrückstellung für den Umbau und die Sanierung des Lehrzimmers und des Verwaltungsbereiches am Berufskolleg Bocholt West ist aufzulösen. Im Zuge der Übernahme des Gebäudes hat sich die Notwendigkeit umfangreicherer Modernisierungsmaßnahmen gezeigt. Die Maßnahme wird nunmehr als Gesamtprojekt investiv abgewickelt.		
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.921.923	-70.000
<u>Bauliche Unterhaltung - Schulen (-50 T-EUR)</u> Zum 30.06.2017 zeichnen sich schon Mehraufwendungen ab. Bis zum Jahresende werden Mehraufwendungen insgesamt in Höhe von rd. 50 T-EUR erwartet.		
<u>Bauliche Unterhaltung - kult (-45 T-EUR)</u> Ein erhöhter Reparaturaufwand in der Westfälischen Hofanlage führt zu Mehraufwendungen im Haushaltsjahr. Teilweise sind Vandalismusschäden ursächlich.		
<u>Wartung technischer Anlagen - Schulen (+25 T-EUR)</u> Die Wartungskosten sind im bisherigen Jahresverlauf geringer ausgefallen als erwartet.		
Sonstige ordentliche Aufwendungen	-814.878	-1.440.805
<u>Landeszuweisungen KInvFG (-1.441 T-EUR)</u> Für notwendige Instandhaltungsmaßnahmen an den Berufskollegs in Ahaus, Borken und Gronau bzw. an der Neumühlenschule wurden im Jahresabschluss 2016 Instandhaltungsrückstellungen mit einem Volumen von 1,60 Mio. EUR gebildet. Diese Sanierungsmaßnahmen sollten ursprünglich nach dem KInvFG abgewickelt werden. Der Bund fördert Maßnahmen nach dem KInvFG mit 90 %. Daher wurden entsprechende Forderungen gegenüber dem Land als Bewilligungsbehörde in Höhe von 1,44 Mio. EUR in den Jahresabschluss eingestellt. Gem. Beschluss des Kreistages vom 13.07.2017 sollen diese Sanierungsmaßnahmen nicht mehr über das KInvFG abgewickelt werden, sondern in Folgejahren in den noch ausstehenden Maßnahmenkatalog zum Programm "NRW.Bank. Gute Schule 2020" aufgenommen werden. Die Forderungen gegenüber dem Land nach dem KInvFG sind daher aufwandswirksam aufzulösen.		
Produkt 12.01.02 - Verkehrswegebewirtschaftung		
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.123.949	-150.000
<u>Instandhaltung K18.2 Vreden-Ellewick</u> Da der Streckenabschnitt in einem Wasserschutzgebiet liegt, durfte der Deckenaufbau nicht so umfangreich erfolgen, wie ursprünglich geplant. Die investiv geplante Maßnahme wird somit konsumtiv durchgeführt.		